

Demonstration von Flüchtlingen in Freiburg am 23.3.96
gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen

Nachfolgend Aufrufe in englisch, französisch und Beiträge in deutscher Sprache
(weiteren folgen evtl. später), Kontakt möglich über

Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA)

c/o ADW, Postfach 5328, D - 79020 Freiburg, Treff: Freitags 20.00

Tel. (0049) 0761 - 74003 - Fax (0049)0761 - 709866

On 23 of march will be a manifestation in Freiburg against bad condition of live
for refugee people - it
begins at 11 a.m. before Rathausplatz.
In many refugee camps the human rights of alle living people are abolished. The
administration who is
responsable ist Regierungspräsidium in Freiburg, they executed the orders who came
from the governments of
Stuttgart and Bonn (on 24, one day later is election in Baden-Württemberg). Even
this burocratic system don't
respect german law: more than 4.000 people have to live under this roule in camps
like Wiesentalstr, Kehl,
Villingen, Rheinfelden, Lahr, Weil etc.. Of course, the living condition inside
Freiburg camps are not better!
And now there will come another law, which will reduce food, medical care and money
not only for refugee
people in their first year of living here, but for nearly all refugee people not
accepted as asylum seekers.
So the manifestation demands for human rights for all people und for stop of
deportation, for equal rights for
alle people. Solidarity for all!!!

Le 23 mars il y a une maniféstation à Freiburg contre le mauvais traitement de la
vie pour tous les refugiées.
A 11.00 h devant la mairie de la ville à Freiburg.
Qui est résponsable pour les conditions à l'intérieur des camps?
c'est le Regierungspräsidium à Freiburg, qui exécute les directives qui viennent de
Stuttgart ou Bonn (l'autre
jour il y a les élections à Baden-W. Actuellement plus de 4.000 refugiées doivent
vivre dans cette système
burocratique, p.e. à Kehl, Villingen, Rheinfelden, Lahr, Weil etc. Même dans les
camps communales il n'y a pas
un respect de droit de l'homme et de la femme. Encore en plus, une nouvelle loi
avenir qui veut reduire les
mesures de la vie pour tous les refugiées (et pas "seulement" pour ceux qui sont
ici pendant leur premier an.
Les demandes sont: Droits humains pour tous, non aux deportations, les droits
égales pour tous!! Solidarité!!

Am 23.3. findet in Freiburg eine Demonstration statt. Sie beginnt um 11.00 am
Rathausplatz (Innenstadt).
Diese Demonstration ist gegen die schlechte Behandlung der Flüchtling durch
deutsche Behörden gerichtet. In
vielen Lagern werden die Menschen-rechte der Asylsuchenden mißachtet.
Das Regierungspräsidium Freiburg hat in 13 Lagern mehr als 4.000 Menschen aus
anderen Ländern
zusammengetrieben; es weigert sich, ihnen die zustehenden Rechte zu gewähren. Auch
in den anderen Lagern, z.b.
der Stadt Freiburg, ist es nich besser. Und jetzt soll das Leben für alle noch
schlimmer werden; ein neues
Gesetz schreibt für alle Flüchtlinge "Fresspakete" vor.

Die Demonstration fordert die menschenwürdige Behandlung, ein Aufenthaltsrecht für alle und Schutz vor Abschiebungen.

Nachfolgend einige Beiträge dieser Demonstration, die von 500 bis 600 Menschen, insbesondere Flüchtlingen besucht wurde. Aus dem gesamten Bezirk des Regierungspräsidiums Freiburg ist es ihnen trotz massiver Repressionen im Vorfeld (Newroz-Kontrolle und Verbote und versuchtes Verbot aus dieser Demonstration) gelungen, nach Freiburg zu kommen und sich daran zu beteiligen. Die Bedingungen auf der Demonstration waren dann eher gut; aus Villingen, Rheinfelden, aus der Türkei und Zaire gab es Beiträge dazu. In der Kritik wurde die menschenunwürdigen Bedingungen erwähnt, unter denen Flüchtlinge nach wie vor leben müssen. Zeitgleich gab es eine Demonstration in Lübeck, am 30.3. wird es eine weitere Demonstration gegen das Regierungspräsidium Stuttgart in Schwäbisch Hall/Ludwigsburg geben.

Es folgen vier Beiträge, die an der Demonstration in Freiburg gehalten worden sind:

1) Zur Kriminalisierung der Flüchtlinge:

Vor zwei Tagen wollten die Kurdinnen und Kurden ihr Newroz-Fest feiern. Dies wurde auch in Freiburg verboten. Bekannt ist, daß die Order dafür aus Stuttgart kam, während die örtliche Polizeiführung aus taktischen Gründen - wie im letzten Jahr- für eine Durchführung der Newroz-Demonstration gewesen wäre. Das Verbot wurde auch in der Freiburger Region mit flächendeckenden Kontrollen durchgesetzt; sämtliche Zufahrtsstrassen wurden mit Polizeisperren blockiert. Wer irgendwo nach "kurdisch" , d.h. dunkle Haare aussah, kam nicht durch, erhielt einen Platzverweis und Androhung von 1.000 DM Strafe.

Das sind Polizeistaatsmethoden, die an die Verhältnisse in der Türkei erinnern - wo seit Jahren das kurdische Newroz-fest mit Massenverhaftungen und militärischen Kontrollen blockiert werden soll. Eindeutig steht die deutsche Regierung - auch die Stuttgarter Landesregierung - auf der Seite der Unterdrücker in der Türkei.

Man muß nur kurz daran erinnern, daß Deutschland die Türkei mit Waffen im Krieg gegen den KurdInnen unterstützt. Sie hat es zugelassen, daß mit diesen Waffen Dörfer ausgeradiert werden und Tausende von Menschen massakriert werden. Sie hat nicht sehen wollen, was mit den kurdischen Familien und Angehörigen passiert, auch hier nicht. Die deutsche Regierung hat sich aber erkennbar dafür interessiert, daß das türkische Militär offen auf eine blutige Lösung setzt.

Die Massenverhaftungen, die ständigen Verbote kurdischer Veranstaltungen, die Kriminalisierungen gehen weiter: was vor 2 Tagen auch in Freiburg festzustellen war.

Trotzdem wurde am Donnerstag abend gegen die Verbotmaßnahmen in der Innenstadt protestiert. Es liegt in der Verantwortung von fortschrittlichen Menschen, hiergegen aufzustehen. SAGA tritt für die politische Betätigung auch der kurdischen Bevölkerung ein. Mehr dazu an dieser Stelle jetzt nicht.

Im Zuge dieser Strategie werden nunmehr die gesamten Flüchtlingsgruppen kriminalisiert. Jede, ob aus Afrika oder aus Südeuropa, wurde schon als verdächtig einbezogen. Die heutige Demonstration sollte ursprünglich auch verboten werden. Einzige

Begründung: Anmelder der heutigen und der Demonstration vor zwei Tagen wohnen im selben Haus. Von oben wurde die Vermutung in die Welt gesetzt, diese Demonstration würde von Kurden umfunktioniert werden. Selbst die Ankündigung, daß heute nachmittag auf dem Fest in der Kath. Hochschulgemeinde kurdische Musik zu hören sein wird, erregte Verdacht. Damit wären alle Flüchtlinge, auch Unterstützungsgruppen, die heute hier sind, in diese Kriminalisierungsstrategie reingezogen worden. Der Anmelder dieser Demonstration ist jetzt gewechselt worden - damit diese Veranstaltung hier überhaupt stattfinden kann.

Diese beiden letzten Ereignisse zwingen dazu, begreifen zu müssen, in welchem Klima und in welcher politischen Feindbildpropaganda wir uns derzeit bewegen. Und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

2) Zum Zweck der Demonstration am 23.3.96 in Freiburg
Die heutige Demonstration hat die Lebensbedingungen von Flüchtlingen im Mittelpunkt.

Die Realität ist hier kein bisschen besser, sondern in den letzten Jahren immer beschissener geworden.

Der Mordanschlag auf das Haus in Solingen im Mai 1993 war ein Höhepunkt der rassistischen Mordserie in Deutschland. Hier mußte zugegeben werden, daß die Täter aus der Neo-nazi-Ecke kamen. Bald jedoch hat die ermittlungstaktische Strategie eine neue Erklärungsebene gefunden: Unterkünfte von Flüchtlingen, die sowieso z.t. in den letzten Barracken hausen müssen, würden von ihnen selbst angezündet. In Lübeck kamen am 18.1.1996 zehn Menschen in den Flammen um: seitdem verdächtigt die Polizei, in Zusammenarbeit mit den meisten Medien, einen Libanesen, diesen Brand gelegt zu haben. Sämtliche Argumente sprechen dagegen, trotzdem wurde in dieser Woche der Haftbefehl gegen Safoan verlängert. Perfider geht es ja nicht mehr.

Diese rassistischen Entlastungserklärungen - die Opfer sind auch immer die Täter - bilden inzwischen Alltagsrealität in Deutschland.

Im Zusammenhang mit Lübeck ist nochmals die faktische Unterbringungssituation der Flüchtlinge in Deutschland thematisiert worden. Die Abschaffung der Massenlager wurde gefordert, die Menschenrechte der MigrantInnen sollen ernstgenommen werden, der Kampf darum ist längst auch zum blutigen Ernst geworden. Aber auch für den Schutz von Menschen ohne Aufenthaltspapiere muß geworben werden.

In zahlreichen Lager, die dem Regierungspräsidium Freiburg unterstehen, gab es im letzten Jahr Proteste und Aktionen für minimale Aufenthaltsbedingungen. Gettoisierung in abgelegenen Camps und Erniedrigungen sind zum Alltag der Flüchtlingen in diesen Lagern geworden.

Wir haben schon in den letzten Jahren verstärkt das Regierungspräsidium Freiburg mit dieser Situation konfrontiert. Etwa 3 bis 4.000 Flüchtlingen sind davon erfaßt. Das Lager in der Vauban-Kaserne in Freiburg mit 500 Pers. gehört ebenso dazu wie Massenlager in Kehl mit ca. 600 Plätzen, Rheinfeldern, Villingen, Offenburg oder Schramberg.

Aus vielen dieser Orte sind heute Flüchtlinge und Asylgruppen

hier. Sie werden im Laufe dieser Demonstration noch mehr zu den Alltagsrealitäten vor Ort berichten.

Wir verfolgen mit dieser Demonstration das Ziel, erneut die Lebensrealität der MigrantInnen in den Mittelpunkt zu stellen: ihre Menschenwürde, ihr Bleiberecht, ihre Integrität ist zu sichern.

Und wir wollen klar Verantwortlichkeiten benennen: nicht allein jene der Behörden und Institutionen wie die Ausländer- und Sozialbehörden, die Polizei und Gerichte. Sondern auch die Verantwortlichkeiten durch Wegschauen und Nicht-aufstehen von uns. Soweit zur Erklärung der Demo

3) Zur Verantwortlichkeit der Asylverfahren, hier das Verwaltungsgericht Freiburg

Diese Gerichte, ihre Richter und Richterinnen sind ein Glied in der Kette der Abschiebungen. Zum Gericht muß du, wenn du in der ersten Instanz durchgefallen bist. Aber oftmals sieht das Gericht die Betroffenen gar nicht, sondern sie entscheiden über Papiere - und im kurzen Amtsweg folgt dann die Abschiebung. Eher die Ausnahme bildet die positive Asylentscheidung. Und noch mehr Lotto-schwein muß man haben, um aus einer aussichtslosen Position doch noch eine Umkehrung der negativen Entscheidung zu kriegen

J. ist ein Mann aus Bangladesh, er wurde gleich als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Das Gericht lehnte den Antrag auf Bleiberecht bis zum Ausgang des Asylverfahrens ab. Glücklicherweise hatte aber ein Arzt ihm gesagt, er solle seine Geschichte aufschreiben. Und noch mehr Glück hat J., daß dieser Arzt den zuständigen Richter durch das gemeinsamen Tennisspiel kannte. Das war vor zwei Jahren - in einem mühsamen Verfahren konnte J. vor kurzem die Entscheidung über seinen Aufenthalt in Deutschland bekommen.

B. kommt aus Zaire. Sie wurde vor ihrer Flucht vergewaltigt. Das erste Asylverfahren verlief für sie und ihre Familie negativ. Erst 4 Jahre nach ihrer Flucht beginnt sie nun eine Möglichkeit zu finden, über ihre erlittenen Demütigungen zu sprechen - bei einer psychosozialen Beratungsstelle. Die Bürokratenseele aber fragt sich, ob hier nur ein Trick vorliegt - warum hat die Frau nicht schon damals ihre Fluchtgeschichte ausführlich berichtet. Kein Verständnis für erlittene Verfolgung haben auch Richter an diesem Gericht, die kürzlich einer weiteren Frau nachweisen wollten, wie sie sich "logischerweise" bei einer drohenden Vergewaltigung zu verhalten gehabt hätte.

Derartige Kälte und Abweisung erfahren viele der Asylsuchenden, die hier oftmals allein - ohne Öffentlichkeit - vor den Leuten in den schwarzen Roben Rede und Antwort stehen müssen. Namen wie der reaktionäre Lebensschützer Büchner oder der sogen. Zaire-spezialist Albers sitzen immer noch auf Richterstühlen. Und der Chef dieses Hauses nannte sich Backhaus - er ist von seinem Präsidenten-sessel enthoben worden, weil er jüngeren Richterinnen und Richtern in ihre Entscheidung hineingeredet haben soll. Das sind Qualitäten einer deutschen Justiz, die es bis heute nicht vermocht hatte, alte Nazi-Richter wie z.B. auch den ehem. Marine-Richter Filbinger zu verurteilen. Im Gegenteil, dieser machte noch Karriere und wurde Ministerpräsident von Ba-Wü. Und seine ehemaliger Kollege Backhaus hat jetzt den gleichen Rechtsanwalt wie Filbinger...

Faire Verfahren - dafür ist das Verwaltungsgericht Freiburg nun mal nicht bekannt. Würden ihre verglichen werden mit anderen Gerichten, so würde

Freiburg oftmals schlecht abschneiden. Und Flüchtlinge fragen sich, warum z.B. in Berlin oder in Münster anders geurteilt wird als in Baden-Württemberg?

Wir fordern Öffentlichkeit über die Verfahren und Entscheidungen dieser Gerichte!

Wir fordern den Respekt vor den Asylgründen und Schutz vor Abschiebungen. Ein Schlüssel dafür liegt auch bei diesem Gericht!

4) Redebeitrag der Aktion Zuflucht Freiburg am 23.3.96
(Demonstration)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zuerst möchte ich kurz erzählen, was Aktion Zuflucht ist: Aktion Zuflucht heißt, Flüchtlinge, die akut von Abschiebung bedroht sind, dem staatlichen Zugriff zu entziehen. Ihnen somit eine Atempause zu verschaffen und gemeinsam mit ihnen nach weiteren Perspektiven zu suchen. Aktion Zuflucht ist in Freiburg entstanden, nachdem absehbar war, daß Art. 16 GG gekippt wird, also vor etwa 3 Jahren.

Unsere Arbeit findet in zwei Bereichen statt. Der eine Teil ist die Rücksprache mit RechtsanwältInnen, ÄrztInnen etc., das Beschaffen von Geld und Wohnmöglichkeiten für Menschen ohne Papiere, die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen vor Ort. Das ist der Teil der Arbeit, in dem es konkret um die einzelnen Flüchtlinge geht. Um seine/ihre Lebensperspektive hier.

Der zweite Teil unserer Arbeit - der unabdingbar dazugehört - ist, unser Handeln öffentlich zu machen, um soweit wie möglich politischen Druck zu erzeugen.

Das heißt für uns, die beschissenen Verhältnisse hier in der BRD - den staatlichen und alltäglichen Rassismus - anzuprangern und deutlich zu machen, daß diese Verhältnisse grundsätzlich verändert werden müssen. Das heißt für uns auch, dafür Handlungsmöglichkeiten zu finden, die direkt in die Abschiebemaschinerie eingreifen. Das heißt für uns auch, beim hier üblichen Umgang von Staat und Gesellschaft mit AusländerInnen offen und öffentlich zu sagen: Hier müssen wir aktiv dagegen angehen!

Die rassistische Verfaßtheit der BRD, das Asylverhinderungsgesetz, den alltäglichen Rassismus sind wir nicht bereit mitzutragen.

Und wir haben dabei die Zielvorstellung - vielleicht einen Traum - Aktion Zuflucht zu verbreitern in vielen Städten, an vielen Orten in der BRD. Mit vielen Menschen, die ihren Widerstand öffentlich machen, das könnte die Verhältnisse auch hier verändern. In einigen Städten gibt es ähnliche Initiativen schon.

Wir wollen hier nicht den Eindruck erwecken, Aktion Zuflucht, das sei der einzige Weg. Nein, es ist nur eine von vielen Möglichkeiten einzugreifen. Und darum soll es gehen: Nicht nur die Situation analysieren und feststellen, sie ist beschissen. Nicht nur bei demonstrativen Akten, wie heute diese Demo, bleiben, sondern handeln und eingreifen.

Möglichkeiten und Beispiele gibt es genug:

- Für uns ist es sehr wichtig, Gelegenheiten wahrzunehmen, Flüchtlinge und MigrantInnen in ihren Kämpfen zu unterstützen. Meistens wissen sie am besten, wann, wo und was an Solidarität notwendig ist.

- Eine weitere Möglichkeit und Notwendigkeit ist, wie es ja auch schon geschieht Flüchtlingen dabei zu helfen, in die Festung BRD einzureisen.

- Auch wenn wir die Abschiebung von Menschen aus den Abschiebeknästen kaum verhindern können, gäbe es doch die Möglichkeit, z.B. durch Blockaden, direkt in diesen Ablauf einzugreifen.

- Eingreifen in den rassistischen Alltag der BRD heißt auch, Flüchtlinge nicht allein zu lassen im alltäglichen Ärger mit Behörden und Ämtern - ich denke, ihr kennt sie alle, die Kleinigkeiten im täglichen Leben, wo einzugreifen notwendig wäre.

- Weiter: Mithelfen Strukturen aufzubauen und zu unterstützen, die das Überleben von Menschen ohne Papiere erträglicher gestalten, bzw. mit ihnen nach Perspektiven zur Relegalisierung zu suchen.

Aktion Zuflucht ruft dazu auf, Flüchtlinge vor der Abschiebung zu schützen!!

- Und zum Schluss: Nicht wegschauen, sondern eingreifen. Und nicht erst dann, wenn AusländerInnen verprügelt werden, sondern immer und überall wo rassistische Anmache läuft, wo rassistische Sprüche geklopft werden. Sei es in der Schule oder auf der Straße, an der Arbeit oder in der Kneipe.

II. Anlässlich der Demonstration am 23.3.96 in Freiburg für die Menschenrechte von Flüchtlingen haben wir vor kurzem einen Teil der Redebeiträge in die Mailbox gehievt. Im Anschluß daran werden hier zwei Beiträge von MigrantInnen nachgeliefert, die nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegen. Nachfragen können erfolgen bei:

Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA)
c/o ADW, Postfach 5328, D - 79020 Freiburg, Treff: Freitags 20.00
Tel. (0049) 0761 - 74003 - Fax (0049) 0761 - 709866

1) Ein Flüchtling aus Zaire gegenüber dem Regierungspräsidium Freiburg (Übersetzung):

"Liebe deutsche Brüder und Schwester,
Was uns heute hier passiert, könnte euch auch morgen passieren. Denn das Leben hält einige Überraschungen bereit. Auch wir sind menschliche Wesen wie ihr. Wir sind keine Kriminellen und auch keine Vagabunden.
Wir sind ehrenhafte Personen, die ein Recht auf Leben haben. Gestern Opfer von Menschenrechtsverletzungen, von Folterungen, von Verfolgungen, von willkürlichen Verhaftungen aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen in unseren

Herkunftsländern. Wir sind in dieses Land lediglich gekommen, um eine Zuflucht zu suchen. Niemand verläßt freiwillig sein Land, es sei denn, es gibt dafür gravierende Probleme, die das Leben beeinträchtigen.

Anläßlich der heutigen Demonstration in Freiburg müssen wir - die Asylsuchenden hier und in Baden-Württemberg - die Verletzungen der Menschenrechte für Flüchtlinge in den Lagern in diesem Land beklagen.

Auch wenn Deutschland für uns ein Land ist, in dem die Menschenrechte für ihre EinwohnerInnen respektiert werden sollten, sollten die schlechte Behandlung für Flüchtlinge hier keinen Platz haben. Das Regierungspräsidium in Freiburg, daß die Befehle aus Stuttgart umsetzt, ist verantwortlich für die schlechten Bedingungen in den Lagern für Flüchtlinge.

Mehr als 4.000 Asylsuchende sind derzeit in diesem bürokratischen System untergebracht, z.b. in Kehl, Villingen, Lahr, Rheinfelden, Weil, etc.

Wir, die wir diese schlechte Behandlung zu erleiden haben, wünschen heute lediglich, hier angehört zu werden. Wir bitten dringlich darum, die teuflische Politik zu stoppen und alle menschenunwürdigen Methoden gegenüber Asylsuchenden einzustellen.

Diese Politik verletzt den Anstand dieses großen Landes.

Die Menschenrechte gelten für alle!

Keine Abschiebungen!

Gegen die schlechte Behandlung der Flüchtlinge!

Demonstration 23-3-96"

2) Eine Frau aus der Türkei beschreibt die politische Situation:

Heute leben wir in einer 2/3 Gesellschaft. Diejenigen, die Geld und Macht haben, diktieren der Gesellschaft wie und wo gespart werden soll.

Durch Modernisierung werden Arbeitsplätze wegrationalisiert.

4,3 Millionen Menschen sind heute arbeitslos und es wird weiter im Sozialhilfe- und im Arbeitslosenbereich gekürzt. Der Abbau des sozialen Systems ist heute kein Tabu mehr. Die hohen Lohnnebenkosten und andere Abgaben der Unternehmen werden als Vorwand benutzt, um die Produktion in die Trikontländer zu verschieben wo billigere Arbeitskräfte vorhanden sind. Dort sind die Verhältnisse wie zu Beginn der Industrialisierung in Europa.

Für die Unternehmer dort finden sich günstige Bedingungen; wenn die ArbeiterInnen streiken, können alle innerhalb eines Tages entlassen werden. Zum Beispiel wurden vor ein paar Jahren in Mexiko bei der Volkswagen AG alle Arbeiterinnen entlassen, weil sie streiken wollten. Dort gibt es Folter, Massaker; die kleinste soziale Bewegung wird von dem Regime, das von westlichem Kapital unterstützt wird, bekämpft. Dieses Paradies soll auch auf deutschem Unternehmerboden geschaffen werden.

WAS PASSIERT IN DIESEM LAND?

Statt gemeinsam die hart erkämpften Rechte der Menschen zu verteidigen, ist in der Gesellschaft Entsolidarisierung zu

beobachten. Eine Spaltung findet statt, aber nicht zwischen denjenigen die Machthaben und denen, die keine Macht haben sondern zwischen Arbeiterinnen, Angestellten, SozialhilfeempfängerInnen, AusländerInnen und Flüchtlingen. Um die herrschenden sozialen Probleme zu verschleiern, werden die Minderheiten, die sich nicht wehren können auf die Abschußlinie gesetzt. Minderheiten sind in dieser Gesellschaft Sündenböcke. Ihre Rechte werden erst eingeschränkt oder sogar abgeschafft - dann kommen die anderen dran!

So geschah es auch 1993: Die Abschaffung des Artikels 16 des Grundgesetzes wurde als Asylkompromiß verkauft. Durch das Asylbewerberleistungsgesetz wurden die Flüchtlinge gezwungen, mit einem Freßpaket und 80 DM Taschengeld auszukommen.

Die Flüchtlinge sollten damit abgeschreckt werden und in Folter und Unterdrückung zurückzukehren. Der erste Versuch, Flüchtlinge mit einem Freßpaket abzuspeisen schlug durch den Widerstand der Betroffenen fehl. Dieser Widerstand brachte nur einen Teilerfolg. Weil es nur für diejenigen zurückgenommen wurde, die länger als ein Jahr im Asylverfahren waren. Jetzt will die Bundesregierung dieses Gesetz auf alle Flüchtlinge erweitern. Die Flüchtlinge, die wegen Folter und Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen, werden zuerst aussortiert und in den Bezirkstellen kaserniert. Wenn sie überhaupt noch hier bleiben dürfen, werden sie den Kommunen zugewiesen. Wo sie nur 4,5qm zu Verfügung haben. Die Unterkünfte sind meistens abbruchreif und in technisch desolatem Zustand. Zum Beispiel muß hier in Freiburg eine dreiköpfige Familie in einem 9 qm großen Zimmer unterkommen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz bedeutet für die Betroffenen Erniedrigung. Das heißt, sie müssen mit 80 DM Taschengeld den ganzen Monat leben. Und sie müssen zweimal in der Woche auf ihre fertig- gestellten Essenspakete warten. Es wird bestimmt, was sie zu kochen haben. Dabei wird so argumentiert: Die durch die Arbeitslosenhilfe belasteten Kommunen müssen entlastet werden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Sachleistungen erheblich teurer als die Sozialhilfeleistungen sind.

Durch das unmenschliche Asylbewerberleistungsgesetz geht die Zahl der Flüchtlinge zurück. Dennoch versuchen immer mehr Menschen aus Ländern zu fliehen, in denen mit Hilfe deutscher Waffen und deutscher Wirtschaftshilfe ihr Leben bedroht und ausgebeutet wird. Wenn die Flüchtlingsbewegung verändert werden soll, muß zuerst die militärische und wirtschaftliche Unterstützung an Länder wie die Türkei gestoppt werden. Die Schulden der Trikontländer müssen gestrichen werden und es

darf den Ländern nicht aufdiktiert werden, wann sie einen Kredit in Anspruch nehmen dürfen, zu welchen Bedingungen, wie und für was sie das Geld zu verwenden haben.

Es gibt keinen anderen Weg. Um gemeinsam menschenwürdig leben zu können, müssen wir gegen dieses System Widerstand leisten. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Für die Herrschenden wird herrschen leichter, wenn wir uns von diesem System spalten lassen.

Widerstand heißt auch, sich dagegen zur Wehr setzen, wenn Menschen kriminalisiert werden nur durch den Wunsch, ein traditionelles Fest feiern zu können. Widerstand heißt, das Besuchsverbot der Innenstadt für "von der Polizei eingestuftem Ausländer" nicht zu akzeptieren und diesen Umstand zu skandalisieren.

Alle Minderheiten, MigrantInnen und Einheimischen müssen zusammen- halten.

Heute sind es die Flüchtlinge und andere Minderheiten, morgen sind die anderen dran.

Gleiche Rechte für alle

Gleiche Sozialhilfe für alle

Keine Abschiebungen

23.3.96